

Moral ersetzt Logik

von

Heiner Flassbeck

taz, 24. Mai 2004

Die aktuelle Diskussion um zusätzliche Schulden des Staates oder zusätzliche Sparanstrengungen ist an Absurdität kaum noch zu übertreffen. Sie geht konsequent an den relevanten Zusammenhängen vorbei. Inzwischen müssten es nämlich auch die hartleibigsten Schuldenfresser begriffen haben: Sparpolitik führt nicht aus der "Schuldenfalle" heraus, sondern geradewegs in sie hinein. Man kann Hans Eichel ja vieles vorwerfen, aber dass er es nicht versucht hätte, durch massives Gürtel-enger-Schnallen die Staatsfinanzen in den Griff zu bekommen, kann man ihm nicht unterstellen. Kein Finanzminister vor ihm hat mit solcher Rigorosität in Besitzstände eingegriffen, keiner hat die Ministerkollegen derart an die Kandare genommen wie der Sparminator aus Hessen. Die geplanten Ausgaben des Bundes sind in den letzten drei Jahren immer weit hinter dem erwarteten Wachstum der Wirtschaft zurückgeblieben. Genutzt hat es nichts. Auch der beliebte Vorwurf, er hätte die guten Jahre nicht zum Sparen genutzt, ist abwegig: 1999 und 2000, als die Konjunktur lief, hat er gespart, die staatlichen Defizite sind deutlich zurückgegangen und Eichel wurde gefeiert.

Der grandiose Misserfolg des sparfreudigsten Finanzministers in der deutschen Geschichte ist nur zu verstehen, wenn man das gesamtwirtschaftliche Umfeld mit ins Bild nimmt: Eichel spart, doch die privaten Haushalte und die Unternehmen sparen auch. Erstere sparen, weil ihre Einkommen nicht mehr steigern und man ihnen jeden Tag erklärt, dass der Staat Leistungen kürzt und sie den Gürtel sowieso enger schnallen müssen. Die Unternehmen sparen, weil das Eichelsche Sparen und das Sparen der privaten Haushalte ihnen unmittelbar das Geschäft verdirbt. Ob die Bauunternehmer Arbeiter entlassen, weil die Gemeinden kein Geld für Investitionen haben, oder die Autobauer hohe Rabatte gewähren müssen, weil zu viele Kunden arbeitslos geworden sind, immer ist das Ergebnis in der ersten Runde das gleiche: Wenn auch die privaten Haushalte sparen, sinken die Gewinne der Unternehmen exakt um jeden Euro, den Hans Eichel einspart.

Weil die Unternehmen sich aber dagegen wehren und ihrerseits Kosten senken, Arbeitskräfte entlassen oder Pleite gehen, holen die Defizite, die der Finanzminister verhindern wollte, ihn am Ende wieder ein. In letzter Instanz fallen die Schulden immer auf den Staat zurück. Irgendwann muss der Staat das begreifen und die höhere Verschuldung akzeptieren statt der Spirale nach unten eine neue Drehung hinzuzufügen.

Davon sind wir aber weit entfernt. Noch immer gilt die einfache Regel, dass wer für Schulden böse und wer gegen gut ist. Wenn sich heute ein Politiker hinstellt und sagt, wir lebten über unsere Verhältnisse und müssten folglich den Gürtel enger schnallen, wird er sofort von allen Zeitungen zum ausgewiesenen Fachmann und zum moralischen Gewissen der Nation erklärt. Wenn einer wie ich schreibt, Deutschland lebe unter seinen Verhältnissen und Sparen sei gefährlich, weil es nur funktioniert, wenn sich auch welche verschulden, werde ich als Spinner und lasterhafter Mensch beschimpft. Seine Botschaft ist einfach, meine ist kompliziert, er ist gut, ich bin böse. Logik, die nicht in eine Schlagzeile paßt, die jeder Hausvater versteht, hat in der medialen neuen Welt keine Chance.

Noch vor nicht allzu langer Zeit schrieb ein Kolumnist im Feuilleton einer großen deutschen Tageszeitung, durch die ökonomische Krise sei inzwischen fast allen klar geworden, daß man sich in Deutschland an seine Verhältnisse anpassen müsse, man könne nicht auf Dauer über seine Verhältnisse leben, ja, man müsse endlich dem moralischen Imperativ folgen, daß "man nicht mehr ausgeben darf als man einnimmt".

Nichts hat das wirtschaftliche Denken in Deutschland in den vergangenen Jahren mehr geprägt, als der feste Glaube an die moralische Instanz der "Verhältnisse". Was immer im ökonomischen Raum geschieht, was immer der Staat tut, unsere Beurteilung der Vorgänge läßt sich zurückführen auf das Grundverständnis, das wir von „unseren Verhältnissen“ haben: Unsere Verhältnisse sind schlecht, und wir müssen uns anpassen, koste es was es wolle. Insbesondere der Staat ist überschuldet und muss auf lange Zeit den Gürtel enger schnallen.

Denkt man allerdings einen Augenblick über den Satz "man dürfe nicht mehr ausgeben, als man einnimmt" nach, wird man leicht schwindelig, weil die gute Moral dann mit der bösen Logik heftig aneinandergerät. Schauen wir etwa die Welt als Ganzes an, ist der Satz von vorneherein unsinnig, weil er dann lauten muß: Man kann nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. Da der von Menschen besiedelten Welt niemand Geld leihen kann, ist sie immer auf ihre Verhältnisse zurückgeworfen. Da hat die Moral ihren Sinn verloren.

Immerhin könnte es ja sein, daß die Deutschen auf Kosten anderer Völker leben. Dann würden sie sich verschulden und könnten die Schulden vielleicht später nicht zurückzahlen. Das ist aber nicht so, Deutschland exportiert per Saldo Kapital in den Rest der Welt, insbesondere in die USA und viele Entwicklungsländer, weil es im Handel mit diesen Ländern Überschüsse erzielt, also mehr einnimmt als es ausgibt. Folglich leben höchstens die anderen über ihren Verhältnissen. Gemessen an der globalen Bilanz ist kein Zweifel, daß Deutschland unter seinen Verhältnissen lebt. Da wankt der Moral der Boden unter den Füßen.

Vielleicht ist es ja noch ganz anders gemeint. Es gibt womöglich wichtige gesellschaftliche Gruppen in Deutschland, die regelmäßig viel mehr ausgeben als sie einnehmen. Das ist es, werden die meisten sagen, der Staat, viele private Haushalte und viele Unternehmen leben über ihre Verhältnisse. Wenn das so ist, sagt da allerdings die Logik, dann muß es ja auch Gruppen geben, die unter ihren Verhältnissen leben, wenn Deutschland insgesamt nicht über seinen Verhältnissen lebt. Noch schlimmer: Wenn man sagt, wirft hier die Logik wieder ein, man dürfe nicht mehr ausgeben als man einnimmt, dann muss man auch sagen, keiner dürfe mehr einnehmen als er ausgibt, was exakt heißt, keiner dürfe mehr sparen. Da schaudert die Moral.

Keiner darf mehr sparen, weil er dadurch andere zwingt, über ihre Verhältnisse zu leben. Ist das die Moral von der deutschen Geschichte? Oder können die guten Menschen sparen und die anderen zwingen, unmoralisch zu sein? Lassen wir den privaten Haushalten zum Beispiel das Privileg, zu Sparen, wie können wir dann die verurteilen, die nichts anderes tun, als dafür zu sorgen, daß die privaten Haushalte tatsächlich sparen können.

Nehmen wir nämlich für einen Augenblick an, alle wollten gut sein und sparen, dann finden wir schnell heraus, daß das böse endet. Stellen wir uns vor, jeder in Deutschland, einschließlich des Staates, gäbe jeden Monat 10 Prozent weniger aus, als er einnehme. Alle gingen zur Bank, um ihr Geld anzulegen. Was würde die Bank tun? Nun, sie würde das Geld natürlich zurückweisen, sie würde darauf verweisen, daß es ja niemand gibt, der das Geld von

der Bank wieder ausleiht und ausgibt, so daß sie keine Zinsen bezahlen könne. Also könnten unsere Sparwilligen das Geld nur zu Hause unter die Matratze stecken in der Hoffnung, daß es dort niemand stiehlt.

Schlimmer aber ist, daß schon im zweiten Monat alle genau zehn Prozent weniger Einnahmen hätten, weil alle zehn Prozent weniger ausgegeben hatten. In der Gesamtwirtschaft sind immer die Einnahmen des Einen die Ausgaben des anderen. Wird weniger ausgegeben, wird auch weniger eingenommen. Würden trotzdem alle wieder zehn Prozent des nun zehn Prozent geringeren Einkommens sparen, hätten sie schon nach zwei Monaten fast zwanzig Prozent ihres ursprünglichen Einkommens verloren. Da braucht es nicht lange, bis Deutschland die internationale Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag erreicht hätte.

Einige in der Bundesregierung scheinen das endlich verstanden zu haben. Sie wissen, dass es nach einer dreijährigen Stagnationsphase nicht darum geht, irgendeine neue Grausamkeit zu begehen, sondern darum, die Stimmung zu drehen, Mut zu schaffen, die Masseneinkommen zu erhöhen und nicht zu senken. Sie wissen, dass jedes Sparpaket nur zu neuen Löchern führen würde, weil die Konjunktur abgewürgt würde. Sie haben erkannt, dass die bisherige wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland auf dem Kopf stand, weil sie so tat, als sei das Wachstum irgendwie vorgegeben oder alleine mit den „Reformen“ zu schaffen, während die unmittelbare negative Wirkung der Sparpakete ignoriert wurde.